

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: JÖRG SARBACH

„Nur mit einer Absicherung des derzeitigen Rentenniveaus kann der Lebensstandard im Alter gesichert und Altersarmut vermieden werden“, mit dieser zentralen Forderung eröffnete der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte die rentenpolitische Fachtagung der Bremer SPD am 6. Oktober 2012.

LEBENSSTANDARD SICHERN – ARMUT VERMEIDEN – GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG STÄRKEN

Sicherung eines Rentenniveaus von 50 Prozent ist zentrale Forderung der Bremer Sozialdemokratie in der Diskussion um das künftige Rentenkonzept der SPD

Die Bremer SPD beteiligt sich intensiv an der laufenden Diskussion über das künftige Rentenkonzept der Partei. Der Landesvorstand hat dazu in seiner Oktober-Sitzung das Thesenpapier „Lebensstandard sichern – Armut vermeiden – Gesetzliche Rentenversicherung stärken“ beschlossen, in dem die Anforderungen der Bremer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an das künftige SPD-Konzept zur Gewährleistung eines auskömmlichen Lebensstandards im Alter und die Vermeidung von Altersarmut formuliert sind.

Eine zentrale Rolle spielt für die Bremer SPD die gesetzliche Rentenversicherung: „Für die SPD war und ist die gesetzliche Rentenversicherung das zentrale Instrument einer sozialen und solidarischen Alterssicherung. Dies gilt umso mehr, als die kapitalgedeckten Vorsorgewege ihre hochgesteckten Erwartungen und Versprechungen in der Praxis nicht halten können“, so der Beschlusstext, der vom Landesvorstand der Bremer SPD verabschiedet wurde. Eine konkrete Forderung ist die Absicherung eines Rentenniveaus von dauerhaft mindestens 50 Prozent. Die Finanzierung soll unter

anderem über den Verzicht auf eine kurzfristige Senkung der Rentenversicherungsbeiträge erfolgen. Dieser Vorschlag folgt den Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), nach denen der Rentenversicherungsbeitrag dabei bis 2030 22 Prozent nicht übersteigen würde.

Bereits Anfang Oktober hatte die Bremer SPD zu einer rentenpolitischen Fachtagung eingeladen, auf der der Entwurf des Bremer Thesenpapiers intensiv diskutiert wurde. In der Diskussion mit Ingo Nürnberger, Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand und Professor Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg-Essen wurde deutlich, dass die Forderungen der Bremer SPD und des DGB in dieselbe Richtung zielen: Das Rentenniveau soll dauerhaft bei mindestens 50 Prozent stabilisiert werden und nicht – wie im Rahmen der Agenda 2010 beschlossen – auf bis zu 43 Prozent abgesenkt werden. Eine Position, die Professor Bäcker auch aus wissenschaftlicher Sicht unterstützte, denn bei einem Absenken des Rentenniveaus würden „viele, die jahrzehntelang hohe Rentenversicherungsbeiträge eingezahlt haben, im Alter gerade einmal das Grundsicherungsniveau erreichen“.

Die Bremer SPD spricht sich außerdem dafür aus, die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre auszusetzen. „Solange ältere Menschen aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt werden und nicht mindestens 50 % der 60 bis 64-jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben, darf es keinen Einsteig in die Rente mit 67 geben“, fordert der Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte und wirbt dafür, am entsprechenden Beschluss des SPD-Bundesparteitages 2011 festzuhalten.

Die Entscheidung über das Rentenkonzept der SPD wird auf dem Parteikonvent am 24. November 2012 getroffen. Die Bremer SPD wird bis dahin weiter für die Aufnahme ihrer Forderungen argumentieren und sich im Sinne einer breit getragenen Verständigung konstruktiv an der weiteren Diskussion zum künftigen Rentenkonzept beteiligen. ■

Die bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe bekannte Antragslage für den Parteikonvent deutet darauf hin, dass in der Frage des Rentenniveaus und der Aussetzung der Rente mit 67 eine Verständigungslinie und ein entsprechender Beschluss des Parteikonvents möglich erscheint.

„MIT VIEL ENERGIE IN DIE ZWEITE RUNDE“

Bremen im Blick, Finanzen im Fokus *Von Carsten Sieling*



Drei Jahre ist es jetzt her, dass mich die Bremerinnen und Bremer in den Bundestag gewählt haben – und die Arbeit macht mir große Freude. Wer mich kennt, der weiß, dass mir die hohe Geschwindigkeit im Berliner Politikbetrieb gut gefällt. Vom ersten Tag an habe ich mich in der Finanz- und Steuerpolitik engagiert. In der SPD-Bundestagsfraktion bin ich zuständig für viele hochaktuelle Themen: Finanztransaktionssteuer, Regulierung des Finanzmarktes, Vermögensbesteuerung sowie den Anlegerschutz. Eine Reihe von Initiativen habe ich seitdem auf den Weg gebracht, etwa zur Deckelung der überhöhten Dispozinsen. Die Hälfte der Zeit

bin ich in meinem Bremer Wahlkreis unterwegs. Hier vor Ort erfahre ich, was in Verbänden, Vereinen, Initiativen oder Unternehmen passiert und was die Bremerinnen und Bremer im Alltag bewegt. Wo es Probleme gibt und welche Anliegen ich nach Berlin tragen kann.

Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung: Weiter mit schwarz-gelber Klientelpolitik oder die sozial-ökologische Erneuerung unseres Landes. Ich kandidiere wieder für den Bundestag, um in Berlin endlich diese Koalition abzulösen. Gemeinsam wird uns das nur gelingen, wenn wir die Menschen von den Alternativen überzeugen. Die Renaissance der sozialen Gerechtigkeit nach den verlorenen Jahren der Entstaatlichung ist das zentrale Thema der Zukunft. Nur so sichern wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, nachhaltiges Wachstum, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Voraussetzung dafür ist ein handlungsfähiger Staat – im Bund, den Ländern und Kommunen. Für Bremen gilt es deshalb in der nächsten Legislaturperiode, die Altschuldenproblematik der

Länder umfassend zu lösen.

Wir müssen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte stärken. Mit einer gerechten Steuerpolitik, die hohe Einkommen und Vermögen endlich wieder angemessen an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt. Es kann nicht sein, dass Einkünfte aus Kapitalvermögen gegenüber der Arbeit mit Kopf oder den Händen steuerlich privilegiert ist. Auch das hat der Spekulation den Boden bereitet, für deren Exzesse wir derzeit alle die Zeche zahlen. Dieses zentrale Ziel müssen wir selbstbewusst vertreten – nur so ist die SPD glaubwürdig.

Ich kämpfe für gute Arbeit. Dazu brauchen wir eine aktive Lohnpolitik und eine Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit. Zentral ist und bleibt die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Das wollen wir in der nächsten Legislaturperiode endlich zum Gesetz machen und so auch die Binnennachfrage stärken. Altersarmut von Menschen, die 40 Jahre lang gearbeitet haben, ist ein gesellschaftlicher Skandal. Dafür müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung wieder für die Menschen stärken. ■

SCHWARZ-GELB ABLÖSEN – FÜR EINE POLITIK DER ZUKUNFT

Von Uwe Beckmeyer

Die Bundestagswahl 2013 stellt die Weichen für die Zukunft Deutschlands und hier vor Ort. Denn mit ihrer Politik des Stillstands gefährdet die schwarz-gelbe Bundesregierung insbesondere die Regionen, die sich wie Bremerhaven und Bremen in einem grundlegenden Strukturwandel befinden. Wenn unsere beiden Städte Herausforderungen wie den demographischen Wandel, den Klimawandel und ökonomische Veränderungen meistern sollen, brauchen wir eine Politik der Perspektiven und Entscheidungen – und keine Regierung, die Probleme nur vertagt.

■ Bremerhaven und Bremen sind wichtige Standorte der Windenergie in Deutschland. Doch die Bundesregierung bremst die Energiewende aus, indem sie ohne Konzept agiert, den Ausbau erneuerbarer Energien begrenzen will und Verzögerungen beim Aufbau der Stromnetze in Kauf nimmt. Die Chance, die sich für unsere beiden Städte durch den Ausstieg aus der Atomenergie ergibt, darf nicht durch Planlosigkeit und Stagnation verspielt werden.

■ Bremerhaven und Bremen brauchen als Logistik-Standort moderne, leistungsfähige Verkehrsadern. Hier müssen wir klare Prioritäten setzen. Voraussetzung dafür ist, dass die Anwohnerinnen und Anwohner wichtige Bauvorhaben mittragen. Daher setzen wir als SPD uns für aktiven Lärmschutz und ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept ein, zu dessen wesentlichen Eckpfeilern Umweltschutz und Sozialverträglichkeit gehören. Moderne Infrastrukturplanung braucht die Bürgerinnen und Bürger.

■ Bremerhaven und Bremen sind Städte der kurzen Wege. Damit das auch in Zukunft so bleibt, brauchen wir bezahlbaren Wohnraum in den Innenstädten, ein lebenswertes Umfeld und eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Die Städtebauförderung des Bundes ist ein wesentlicher Garant dafür, dass alle Stadtteile und Quartiere die gleichen Entwicklungschancen erhalten. Wenn die schwarz-gelbe Politik hier



Finanzmittel streicht, spart sie an der falschen Ecke. Zur Daseinsvorsorge gehören für uns als SPD auch ein leistungsfähiger und bezahlbarer ÖPNV, dessen Finanzierung wir auch in Zukunft mit Bundesmitteln sicherstellen wollen, und ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung.

Als Abgeordneter für Bremerhaven sowie den Bremer Norden und Westen will ich mit Eurer Stimme auch in Zukunft die Interessen der Menschen vor Ort in Berlin vertreten. Gemeinsam werden wir es schaffen, im kommenden Jahr Schwarz-Gelb abzulösen. Für eine Politik der Zukunft in Bremen und Bremerhaven. ■

TERMINE:

BREMER DIALOG der Friedrich-Ebert-Stiftung: Privatisierung! – Nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger?

Eine Diskussion über die Einführung einer „Privatisierungsbremse“ in Bremen

MITTWOCH, 14. NOVEMBER 2012, 19:00 UHR

Haus der Wissenschaft, Sandstr. 4/5, 28195 Bremen

Mit:

Dr. Andreas Bovenschulte, SPD-Landesvorsitzender
Prof. Dr. Hans-Peter Bull, Minister a. D.
Dr. Martha Pohl, Handelskammer Bremen
Moderation: Jochen Grabler, Radio Bremen

II. Forum Wohnungspolitik des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt

DONNERSTAG, 15. NOVEMBER 2012, 19:00 UHR,

DGB-Haus Bremen, Bahnhofplatz 22–28, 28195 Bremen

Mit:

Bürgermeister Jens Böhrnsen, Präsident des Senats
Michael Sachs, Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Hamburg
Peter Stubbe, Vorstandsvorsitzender der GEWOBA

SPD-Bundestagsfraktion vor Ort:

Große Sprünge für die Kleinen
Aktionsplan für mehr und bessere Kinderbetreuung

DONNERSTAG, 15. NOVEMBER 2012, 19:00 UHR,

Café Surfelf, Surfelfer Straße 29, 27576 Bremerhaven

Mit:

Caren Marks, MdB, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
Susanne Neumann, Leiterin einer Kindertagesstätte
Klaus Rosche, Stadtrat für Sozialpolitik, Bremerhaven
Thomas Schwarzer, Referent für kommunale Sozialpolitik, Arbeitnehmerkammer Bremen
Uwe Beckmeyer, MdB
Carsten Sieling, MdB

Bildung: „Wir brauchen ein Alle-Mann-Manöver“

Mustafa Güngör verlangt klare Reaktion auf die Ergebnisse des jüngsten Grundschulvergleichs

Im jüngsten Bundesländervergleich für Grundschulen, der sogenannten IQB-Studie, steht Bremen wieder einmal am Ende der Tabelle. Und wieder einmal nutzen die Christdemokraten das schlechte Abschneiden, um wahlweise von „Bildungschaos“ oder „Bildungsnotlage“ zu sprechen. „Dass die CDU ihre alte Platte auflegt und in Dauerschleife ‚es brennt‘ schreit, bringt niemanden weiter. Stattdessen müssen wir jetzt endlich an die Ursachen ran“, betont der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör.

Aber was führt dazu, dass die Bremer Grundschüler trotz mittlerweile aufgestocktem Mathe und Deutschunterricht beim Lesen, Zuhören und Rechnen hinterherhinken? Um das zu untersuchen wurden in der IQB-Studie unter anderem das Einschulungsalter, die Zahl der Unterrichtsstunden, das Alter der Lehrer und deren Fortbildungsstand abgefragt. Daran aber scheint es nicht zu liegen, denn die Spitzenreiter und Schlusslichter unterscheiden sich dabei kaum. Auffällig ist allerdings ein anderes Ergebnis: Grundschüler mit Zuwanderungshintergrund schneiden bundesweit im Durchschnitt deutlich schlechter ab, als Kinder mit deutschen Eltern. Das – und nicht ein generelles Defizit des Bildungssystems

– scheint, die Hauptursache für die deutlichen Unterschiede zu sein.

Güngör: „Der Anteil der Bremer Familien, die gleich von mehreren Risikofaktoren wie Armut, Erwerbslosigkeit und Migrationshintergrund betroffen sind liegt mit über zwölf Prozent gut siebenmal so hoch wie in Bayern, dem Spitzenreiter der Studie.“ Aber nicht der Migrationshintergrund per se, sondern auch das spezielle Herkunftsland haben offenbar deutlichen Einfluss auf das Testergebnis: So erzielten bundesweit Kinder mit einer türkischen Migrationshintergrund und Schüler, deren Eltern aus dem Nahen und Mittleren Osten oder Afrika stammen, im Durchschnitt die schlechtesten Ergebnisse. Auch das spiegelt sich in der Bevölkerungsverteilung wieder: Der Anteil dieser Schüler liegt in Bremen mit 11,5 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Bayern.

Aber was folgt daraus? Güngör: „Wir dürfen nicht auf die Idee kommen, uns statistisch herauszureden: Die Studie belegt nicht etwa, dass wir wegen unserer Bevölkerungszusammensetzung



nichts tun können. Sie zeigt vielmehr, dass wir genau wie die übrigen Stadtstaaten und Großstädte bislang nicht genug getan haben. Fakt ist: Wir haben einen deutlichen Nachholbedarf, insbesondere bei der Förderung von Schülern aus sozial benachteiligten Familien und bei Kindern mit Migrationshintergrund.“

Die Forderung der SPD-Fraktion ist dementsprechend deutlich: „Wir erwarten, dass sich das Bildungsressort umgehend gemeinsam mit den Schulleitern, Lehrern und Eltern zusammensetzt um klare Konzepte für eine individuellere Lernförderung und den Ausbau der Ganztagschulen zu entwerfen“, sagt Güngör. Nötig sei dafür ein „Alle-Mann-Manöver“ und keine Behörden-Planung vom Schreibtisch aus. „Welche Schulen haben welche konkreten Bedürfnisse? Was genau muss hinter den Klassenzimmertüren passieren, um die Unterrichtsqualität zu steigern? Wie können wir schon in der Lehramtsausbildung auf die besonderen Problemlagen Bremens und anderer Großstädte reagieren? Wir brauchen endlich Antworten auf diese Fragen!“

Zudem mahnt Güngör harte Zahlen an: „Wie muss das Bildungssystem finanziell ausgestattet sein, damit kein Kind zurückbleibt? Sobald wir dafür endlich klare Angaben haben, können sich die Schüler, Eltern und auch die Bildungssenatorin darauf verlassen, dass wir als Fraktion für entsprechende Mittel kämpfen werden – und auch den Senat deutlich daran erinnern, dass Bildung ein Schwerpunkt unserer rot-grünen Koalition ist und bleibt.“ (mk) ■

ZUKUNFTS-ENERGIE

Von Uwe Beckmeyer



Die Offshore-Windenergie gibt dem Strukturwandel Rückenwind: Bremen und Bremerhaven sind auf dem Weg zum führenden Offshore-Standort; das hilft dem Klima und ist der Schlüssel für neue Jobs und Wirtschaftswachstum. 18.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland und 22 Milliarden Euro Umsatz sind laut Windenergie-Agentur wab bis zum Jahr 2021 zu erwarten. Diese Jahrhundertchance müssen wir nutzen: mit einem beschleunigten Netzausbau, der verbesserten Anbindung der Hochsee-Windparks an das Festland – und ausreichenden Hafenskapazitäten.

Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung bremst die Energiewende aus. Sie handelt hektisch, planlos – ohne Saft und Kraft. Bestes Beispiel: die Offshore-Infrastruktur. Nicht alle Hafenstandorte an Nord- und Ostsee sind für Windkraft-Projekte gerüstet. Das droht die Entwicklung der gesamten Branche zu behindern. Auch in Bremerhaven ist die Finanzierung des Offshore-Terminals noch nicht geklärt. Um die Küstenländer zu unterstützen, hat die SPD im Bundestag eine Förderung durch die bundeseigene KfW-Bank vorgeschlagen. Doch die Regierungskoalition lehnt dies ab – und kann sich dabei einmal mehr auf die Stimmen ihrer bremischen Vertreter im Deutschen Bundestag verlassen. Verantwortungsvolle Politik für Bremen und Bremerhaven sieht anders aus.

Die Offshore-Windkraft ist eine tragende Säule der Energiewende. Der Bund ist gefordert, gemeinsam mit den norddeutschen Küstenländern einen verlässlichen Rahmen für die Entwicklung der jungen Branche zu schaffen. Wir brauchen eine Investitionsoffensive, um den Schalter auf Zukunft zu stellen. Dafür setzt sich die SPD in Bremen, Bremerhaven und im Bund ein. Wir können es uns nicht leisten, Offshore-Projekte auf die lange Bank zu schieben. Die Energiezukunft beginnt jetzt! ■

ALKOHOLWERBUNG WEITERHIN IM GEGENWIND!

Von Fred Brauweiler, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Sport in der Bremer SPD



Das 34. Forum Sport der Bremer SPD widmete sich der Frage, ob ein besserer Schutz von Kindern und Jugendlichen vor übermäßigem Alkoholkonsum durch ein Alkoholverbot im sportlichen Umfeld erreicht werden kann. An der Diskussion nahmen unter anderem Bremens Sportsenator Ulrich Mäurer, die ehemalige Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter, der Marketingmanager Klaus Filbry von Werder Bremen, InBeV-Marketingchef Oliver Bartelt sowie Vertreter der Initiative „Alkoholverbot im sportlichen Umfeld“ teil.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Tim Cordßen.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) fordert weltweit ein Alkoholverbot zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen. Besorgniserregend zugenommen hat das Rauschtrinken („Koma-saufen“) mit Einlieferungen von Kindern und Jugendlichen in die Kliniken. Die gesundheitsschädigenden Wirkungen übermäßigen Alkoholkonsums und die damit verbundenen gesellschaftlichen Folgekosten und -schäden geraten immer stärker in das öffentliche Bewusstsein. Ansatzpunkte zur Bekämpfung des Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen werden in einem Alkoholverbot insbesondere im Sport und sportlichen Umfeld gesehen. Dieses ist auch die Forderung der Bremer Initiative „bcgh“, zu der sich neben einer breiten Ärzteschaft auch viele weitere Unterzeichner bekannt haben.

Das 34. Forum Sport der Landesarbeitsgemeinschaft Sport der Bremer SPD am 18. Oktober 2012 fand deshalb zum Thema „Prävention stärken – Alkoholverbot im Sport und sportlichem Umfeld!“ statt und ist inzwischen auch überregional auf positive Resonanz gestoßen. Viele Leserbriefe sind weiterer Beleg dafür, wie wichtig der Öffentlichkeit die Lösung dieser Problematik ist.

Im Mittelpunkt des Forums stand die Diskussion, ob ein Alkoholverbot im Sport Kinder und Jugendliche vor dem Rauschtrinken bewahren kann – neuste medizinische Erkenntnisse scheinen das zu belegen – oder ob andere Maßnahmen wirkungsvoller zum Zuge kommen müssen.

Die Einführung übernahmen Dr. Martin Claßen (Chefarzt für Kinder- und Jugendmedizin, Bremer Klinikum LdW) und Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Bun-

destagsabgeordnete der SPD und ehemalige Bundesdrogenbeauftragte. Auf der Grundlage der beiden Impulsreferate wurde in der folgenden Diskussion das Pro und Contra eines Alkoholverbots diskutiert. Dass sich die Sichtweisen und Akzente eines Arztes wie Dr. Hans-Werner Bertelsen (Mitbegründer der Bremer Initiative „Alkoholverbot im sportlichen Umfeld“) von denen des Marketingchefs der Brauerei InBeV Oliver Bartelt und des Marketingmanagers Klaus Filbry vom Fußballbundesligisten Werder Bremen deutlich unterscheiden, war nicht überraschend. Einigkeit bestand in der Diskussion, an der auch Bremens Innen- und Sportsenator Ulrich Mäurer sowie die ehemalige Sozialsenatorin und Landessportbundspräsidentin Ingelore Rosenkötter teilnahmen, jedoch in der grundsätzlichen Bereitschaft, gemeinsam nach Strategien zu suchen, um den Zugriff auf alkoholische Getränke für Kinder und Jugendliche zu verhindern.

Weitere Forderungen, die in der Diskussion laut wurden, waren die Verstärkung präventiver Maßnahmen sowie eine bessere Kontrolle der Einhaltung bestehender jugendschutzgesetzlicher Regelungen. Die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, Petra Krümpfer, forderte eine verstärkte Förderung der Selbstkompetenz von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule. Peter Zenner, Präsident des Landessportbundes und die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Sarah Ryglewski sprachen sich für eine Stärkung von Vorbildfunktionen und eine permanente Aufklärung über die Folgen übermäßigen Alkoholkonsums aus.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Sport in der Bremer SPD wird die Diskussion fortsetzen. ■